

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XX/194

Bonn, den 8. Oktober 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	Die Betroffenen des Wirtschaftswunders ----- Ungelöste soziale Probleme Von Willi Jäger	58
2	4 000 Sudetendeutsche in Schweden -----	15
3	Bereit für den EWG-Wettbewerb ----- Hamburger Senat baut vor Von Rolf Oest	33
4	Adenauer auf der moralischen Schulbank ----- Seine Erinnerungen in schwedischer Sicht	39
5 - 6	Keine Volksfront in Frankreich ----- Neue Wendung der französischen KP Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	91

+ +  
+

## Die Betrogenen des Wirtschaftswunders

### Ungelöste soziale Probleme

Von Willi Jäger

Der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Dr. h. c. Wenzel Jaksch, hat sich im Pressedienst seines Verbandes mit scharfen Worten gegen eine Zusammenlegung des Bundesvertriebenenministeriums mit dem Ministerium für gesamtdeutsche Fragen sowie gegen eine Annullierung oder Fusion der Bundestagsausschüsse "Für Heimatvertriebene" und "Für den Lastenausgleich" gewandt. Erörterungen dieser Art finden zur Zeit im CDU/CSU-Lager statt. Schon sehr bald nach der Bundestagswahl wird es wieder deutlich, was maßgebliche Unions-Politiker von den noch ungelösten Problemen der Heimatvertriebenen, Sowjetzonenflüchtlinge, Heimkehrer und sonstigen Kriegsgeschädigten halten. Für sie stehen personelle und andere parteitaktische Überlegungen im Vordergrund. Um die Sachfragen hat man sich schon im vierten Bundestag im Verein mit der FDP herumgedrückt. Während der abgelaufenen Legislaturperiode wurden von den Regierungen Adenauer und Erhard sowie von den Koalitionsfraktionen des Bundestages die Lösung dringender Aufgaben verhindert:

- \* Die rechtliche Gleichstellung der Deutschen aus der Sowjetzone mit den Heimatvertriebenen;
- \* im Lastenausgleich eine angemessene Angleichung der Hauptentschädigung und eine laufende Anpassung der Unterhaltshilfe an die Entwicklung des Sozialproduktes;
- \* eine ausreichende Altersversorgung der ehemals beruflich Selbständigen;
- \* die Verabschiedung eines Reparationsschädengesetzes;
- \* eine gerechte Schlußgesetzgebung zur Kriegsgefangenenentschädigung und die Beseitigung von Härten beim Häftlingshilfegesetz.

Nur zögernd wurden sozialdemokratische Initiativen teilweise unterstützt

- \* bei der Fortsetzung der Eingliederung der vertriebenen und geflüchteten Landwirte;
- \* bei der Beseitigung der unterschiedlichen gesetzlichen Zuzugstichtage;
- \* bei der Intensivierung der Zusammenführung von Familien aus

- \* den Vertreibungsgebieten sowie aus der SBZ und aus dem Sowjetsektor Berlins;
- \* bei dem Bemühen um die Erhaltung, Pflege und Auswertung des kulturellen Heimatbes der Vertriebenen und Flüchtlinge sowie
- \* bei den Förderungsmaßnahmen zum Aufbau gewerblicher Existenzen von Geschädigten.

Mit diesem Katalog der ungelösten oder nur ungenügend gelösten Probleme wird sich nun der neue Bundestag zu befassen haben. Man wird teilweise, wie zum Beispiel beim Reparationschädengesetz, mit den Beratungen wieder ganz von vorn anfangen müssen. Neben dieser Skala dringender Aufgaben gibt es eine Fülle zweitrangiger Sachfragen, für deren Klärung das Bundesvertriebenenministerium zuständig ist. In einer solchen Situation so zu tun, als hätte dieses Ministerium keine Daseinsberechtigung mehr, ist unverantwortlich. Wenzel Jaksch warnt die Geburtshelfer der neuen Bundesregierung: "Wer die Betrogenen des Wirtschaftswunders auf die Straße holen will, der möge diesen Kurs einschlagen".

Die Sozialdemokratische Partei hat sich wiederholt für die Beibehaltung des "Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte" ausgesprochen. Sie wird, ungeachtet der möglichen Manipulationen bei der Regierungsbildung, dem menschlichen, sozialen und politischen Schicksal der Heimatvertriebenen, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigten unvermindert ihre Solidarität beweisen. Das entspricht den Grundsätzen sozialdemokratischer Politik.

+ + -

#### 4 000 Sudetendeutsche in Schweden

Zu einer Kundgebung zum "Jahr der Menschenrechte" trafen sich über das vergangene Wochenende dreihundert Delegierte der in Schweden lebenden Sudetendeutschen in der Provinzhauptstadt Jönköping. Veranstalter waren die Frauengemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten und der Sudetendeutsche Arbeitsausschuß in Schweden. Vorsitzender beider Organisationen, Karl Kern, sagte in seiner Begrüßungsansprache: "Ihr habt in Schweden ein neues Dasein aufgebaut, aber die Heimat nicht vergessen. Das Recht auf sie lebt in Euerem Denken und Fühlen weiter - es entspricht dem Bekenntnis zum allgemeinen Menschenrecht." Etwa viertausend Sudetendeutsche leben in Schweden. Sie kamen zum Teil bereits im Jahre 1938 als politische Flüchtlinge nach Skandinavien. Andere gelangten in Zusammenhang mit der Vertreibung im Jahre 1945 nach Schweden. Sie verdanken ihre Übersiedlung einer Hilfsaktion des Bundestagsabgeordneten Ernst Paul und führender schwedischer Sozialdemokraten. sue.

+ + +

Bereit für den EWG-Wettbewerb

Hamburger Senat baut vor

Von Rolf Obst

Was der Quiddje, wie man an der Elbe den Binnenländer zumeist nennt, alles nicht weiß: Hamburg besteht nicht nur aus Häusern und Straßen; ein Drittel seines Staatsgebietes wird landwirtschaftlich genutzt. Genau: Auf 26 000 ha treiben 3 800 Unternehmen Landwirtschaft. Die größte Zahl davon widmet sich dem Gartenbau. Insgesamt leben etwa 13 500 Personen unmittelbar von der Landwirtschaft. Es sind zumeist kleine und mittlere Betriebe, die mit Gemüse- und Obstbau den Boden intensiv nutzen. Obwohl es in der Mehrzahl reine Familienbetriebe sind, ist es für die Hamburger Landwirte oft schwer, einen Lebensstandard zu erreichen, der dem vergleichbarer städtischer Berufe entspricht. Der ab 1970 drohende, volle Wettbewerb auch in der Landwirtschaft der EWG-Staaten würde die Verhältnisse wahrscheinlich noch verschlechtern.

Um dem zu begegnen, will der Hamburger Senat der Bürgerschaft ein landwirtschaftliches Anpassungsprogramm vorschlagen. Es soll 1966 beginnen und zunächst 1969 beendet werden. Es sieht Zuschüsse und Darlehen in Höhe von 5,7 Millionen DM vor.

Das Ziel ist, Hamburgs Landwirtschaft noch intensiver zu gestalten als bisher. So ist ein großzügiges Drainageprogramm vorgesehen. Dadurch werden die charakteristischen, die Elbmarschen entwässernden Gräben überflüssig. Auf größeren Flächen können dann mehr Maschinen eingesetzt werden. Die zweite wichtige Maßnahme zielt darauf, die Landwirte noch mehr als bisher von den Zufällen des Wetters unabhängig zu machen. Deshalb wird der Bau von Gewächshäusern überhaupt, insbesondere aber die Errichtung von heizbaren Gewächshäusern künftig kräftig gefördert um ihnen bei dem Angebot ihrer Erzeugnisse zeitlich einen Marktvorteil zu verschaffen.

Außerdem sollen auf 560 ha Fläche Obstbäume gerodet und durch gängigere Sorten ersetzt und der Bau moderner Stallungen forciert werden. Soweit der Bund nicht hilft, werden alle diese Maßnahmen durch finanzielle Hilfen Hamburgs gefördert. So ist zu hoffen, daß Hamburgs Marsch- und Vierlande, eine der größten Obst- und Gemüsekammern der Bundesrepublik, im harten EWG-Wettbewerb bestehen werden, wenn es auch klar ist, daß einige kleine und unrentable Betriebe das Rennen werden aufgeben müssen. Das Land Hamburg möchte seine Förderung jedenfalls an die Bedingung knüpfen, daß die entwicklungsfähigen Familienbetriebe einen Betriebsentwicklungsplan vorlegen und sich einer Betriebsberatung bedienen.

Adenauer auf der moralischen Schulbank

Seine Erinnerungen in schwedischer Sicht

sp - Die größte und angesehenste schwedische Tageszeitung, die liberalen "Dagens Nyheter", beschäftigten sich dieser Tage in einem ihrer Leitartikel mit Adenauers Behauptung, daß der Nationalsozialismus den stärksten Widerstand in jenen Gegenden Deutschlands begegnet ist, die am wenigsten vom Sozialismus angesteckt gewesen sind.

"So schreibt", bemerken Dagens Nyheter, "Konrad Adenauer in seinen Erinnerungen, wenn er die Ursachen für den Sieg des Nazismus klarlegen will. 'Die materialistische Weltanschauung des Marxismus' habe, so wird behauptet, in großem Umfang dazu beigetragen zu einer Entwicklung, die den einzelnen Menschen entwürdigte und d a d u r c h den Boden für den Nazismus bereitete.

Dies ist eine Behauptung, die anscheinend höchst fragwürdig ist. Direkt abstoßend nimmt sich Adenauers Behauptung an einem Punkte aus. Als der Deutsche Reichstag sich im März 1933 in der Potsdamer Garnisonkirche versammelte, um Hitler unbeschränkte Vollmachten einzuräumen, gab es nur eine Partei, die sich weigerte, Hitler zu stützen und die donn auch gegen das Gesetz über die Vollmachterteilung stimmte: die Sozialdemokraten. Die Kommunistische Partei war bereits verboten.

Die letzte Stimme, die sich zu einem würdigen Protest gegen Hitler erhob - ein Protest, der in jener Lage von unerhörtem persönlichen Mut zeugte! - war die des Sozialdemokraten Otto Wels; seine Reichstagsrede war, wie ein moderner westdeutscher Geschichtswissenschaftler gesagt hat, während zwölf langer Jahre das letzte öffentliche Bekenntnis zur Demokratie und Klang in einen Gruß an die Verfolgten aus.

Der Führer der Katholischen Zentrumspartei, Prälat Kaas, sprach hingegen sein und seiner Partei Vertrauen zu Hitler aus. Das ist verständlich; bewaffnete nazistische Sturmtruppen waren buchstäblich eine Bedrohung gegen Leib und Leben. Aber das in Adenauers Erinnerungen ausgesprochene Verdammungsurteil gegen 'die materialistische Weltanschauung' wird mehr von dem Willen des CDU-Politikers geprägt, Taktik als Geschichte darzustellen als von dem Willen, die Dinge so zu sehen wie sie waren, als die Macht über Europa hereinbrach."

Dieses Verdammungsurteil von Dagens Nyheter über Adenauers Geschichtschreibung ist deutlich.....

## Keine Volksfront in Frankreich

### Neue Wendung der französischen KP

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Wenn über den Sinn der Kandidatur Mitterrands der geringste Zweifel bestand, so wurde er durch ein politisch hochbedeutendes Interview Guy Mollets endgültig zerstreut. Der Generalsekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs SFIO unterstützt Mitterrand als gemeinsamen Kandidaten der demokratischen Linksparteien (Sozialdemokraten, Radikale, Widerstandsdemokraten) und empfiehlt gleichzeitig Antoine Pinay als Kandidaten der demokratischen Rechtsparteien (Konservative, Gemäßigte, Agrarier).

### Links- und Rechtsopposition

Diese Taktik mag Außenstehende verblüffen; man darf aber nicht vergessen, daß es in Frankreich nicht nur eine demokratische Linksoption gibt, sondern auch so etwas wie eine demokratische Rechtsopposition. Auch sie fürchtet die fortschreitende Ausschaltung der parlamentarischen Demokratie durch den autoritären Gaullismus, insbesondere nach einem Verschwinden de Gaulles, wenn militante Gefolgsmänner des Generals mit allen Mitteln versuchen sollten, die Macht an sich zu reißen oder zu behalten.

Die gemeinsamen Sorgen der französischen Links- und Rechtsopposition sind nicht nur innenpolitischer, sondern auch außenpolitischer Natur. De Gaulles Diplomatie hat Frankreich hart an den Rand eines Bruches mit der NATO und mit der EWG geführt. Mitterrand, Mollet und Pinay wollen gleicherweise, wenn auch mit verschiedenen Akzenten, dieser riskanten Entwicklung Einhalt gebieten. Sie sind betont atlantisch und europäisch ausgerichtet. Unvermeidlich drängt sich die Frage auf: Warum gibt es keinen gemeinsamen Kandidaten der französischen Links- und Rechtsopposition? Ganz einfach, weil es derzeit in Frankreich keine Persönlichkeit gibt, die als Gegenspieler de Gaulles oder eines anderen gaullistischen Kandidaten schon im ersten Wahlgang über genügend Popularität in allen Schichten und traditionellen Lagern des französischen Volkes verfügte.

Die Linkswähler sind nicht bereit, für einen Pinay zu stimmen, der durch seine Finanzmaßnahmen wohl im Kleinbürgertum Kredit hat, aber keineswegs bei den Arbeitnehmern. Die Wähler der französischen Mitte und Rechten sind nicht gewillt, für Mitterrand ihre Stimme abzugeben, der ihnen zu weit links steht.

In einem zweiten Wahlgang jedoch, der verfassungsgemäß 14 Tage nach dem 5. Dezember stattfinden müßte, falls es im ersten Wahlgang keine absolute Mehrheit geben sollte, kämen voraussichtlich nur noch ein Gaullist und ein Antigauillist in die Stichwahl. Offensichtlich gibt Mollet in solchem Falle Pinay größere Chancen als Mitterrand und würde diesem raten, zugunsten der konservativen Demokraten zu verzichten.

Ob Mitterrand diesen Rat auch wirklich befolgen würde und ob die Mehrheit der französischen Linkswähler diese Taktik mitmachen würde, wäre allerdings nicht gewiß.

### Kommunistische "Volksfront"-Spekulationen ...

Die Kommunistische Partei Frankreichs, die sich mit gemischten Gefühlen für Mitterrand entschieden hat, meldet jetzt schon ihre Bedenken für den Fall einer hypothetischen Stichwahl Fongsidou-Pinay an: "Wir wählen

nicht zwischen Pest und Cholera." Die Kommunisten werden auf keinen Fall für Pinay stimmen, weil er als betonter Anhänger der Allianz mit den USA gilt. Sie werden entweder auf Mitterrand einen Druck ausüben, in einem zweiten Wahlgang seine Kandidatur aufrechtzuerhalten oder eine eigene kommunistische Splitterkandidatur aufstellen bzw. zur Stimmenthaltung aufrufen, um aus außenpolitischer Gründen die Wahl de Gaulles oder eines gaullistischen Präsidentenkandidaten zu gewährleisten. De Gaulles Außenpolitik liegt zu sehr auf der Linie der sowjetischen Interessen, um von der KPF zugunsten eines Pinay geopfert zu werden. Man ersieht aus allem, daß Frankreich von einer Volksfront weit entfernt ist.

#### ... wurden durchkreuzt

Nicht nur Gaston Defferre, auch Guy Mollet und François Mitterrand lehnen ausdrücklich politische Verhandlungen mit der KPF ab. Aus diesem Grund hat sich das Zentralkomitee der KPF entschlossen, die ursprüngliche Forderung nach "politischen Verhandlungen zwischen allen demokratischen Parteien zur Ausarbeitung eines gemeinsamen Programms" zurückzuziehen und schließlich Mitterrands Kandidatur und Wahlprogramm "bedingungslos zu akzeptieren".

Mollet war einer der ersten französischen Politiker, die Mitterrands Kandidatur unterstützten. Dann erst entschied sich die KPF nach längeren Beratungen in gleichem Sinn. Wenn Mollet jetzt der bürgerlichen Rechtsopposition empfiehlt, Pinay aufzustellen und für einen Entscheidungskampf im zweiten Wahlgang selbst bereit ist, eine eventuelle Kandidatur Pinays gegen de Gaulle zu unterstützen, beweist dies die Bewegungsfreiheit der SFIO.

Wenn die KPF hoffte, mit einer Unterstützung Mitterrands diesen und darüber hinaus alle demokratischen Linksparteien zu Gefangenen kommunistischer Strategie und Taktik zu machen, hat sie sich jedenfalls gründlich verrechnet. In Gegenteil, sie selbst ist zum Gefangenen ihres Beschlusses geworden, in der Präsidentenwahlkampagne einen Mann zu unterstützen, der sich in seiner Kampagne gegen das gaullistische Regime ausdrücklich für EWG und Atlantikpakt ausgesprochen hat und außerdem in seinem ersten großen Interview das politische System der Deutschen Bundesrepublik als beispielhaft bezeichnet.

Wieder einmal auf Weisung von Moskau, sucht die KPF derzeit mehr denn je den Weg zur Salonfähigkeit, die Eingliederung in das politische Leben. Wie weit sie dabei geht, zeigen die letzten partei-offiziellen Äußerungen, nach welchen der Atlantikpakt kein Hindernis mehr für eine positive Mitarbeit der KPF sein soll, und die EWG als gegebene Tatsache anerkannt wird, innerhalb welcher die französischen Kommunisten nunmehr Arbeitnehmerinteressen gegen "Übergriffe der Trusts" verteidigen wollen.

#### Heftige Opposition innerhalb der KPF

Schlaue Taktik, wird man sagen. Thorez und Waldeck-Rochet haben aber derartige Parolen jahrelang als "revisionistisch" und "klassenverräterisch" bekämpft, als sie in der Kommunistischen Partei Italiens bereits offen diskutiert und teilweise akzeptiert wurden. Man geht also nicht fehl, von einer neuen Wendung der KPF zu sprechen, die nicht nur taktisch ist, sondern auch politische Folgen nach sich zieht. Das beweist nicht zuletzt die heftige Opposition innerhalb der KPF.